



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



**Freie
Hansestadt
Bremen**

Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen
Presseredaktionen

Auskunft erteilt
Doris Hülsmeier
Zimmer 2
Tel. (0421) 361 2215
Fax (0421) 496 2215
E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 27. September 2018

Sieling bekennt sich zum Personalvertretungsgesetz

Bürgermeister Carsten Sieling hat sich eindeutig zum Bremischen Personalvertretungsgesetz bekannt. „Mit mir wird es keine politischen Initiativen für eine Aufweichung der Mitbestimmungsrechte geben. Das mache ich nicht mit“, sagte Sieling in der heutigen Personalräteversammlung des bremischen öffentlichen Dienstes. Eingeladen hatte der Gesamtpersonalrat (GPR). GPR-Vorsitzende Doris Hülsmeier wies einleitend auf die Aufgaben des öffentlichen Dienstes für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft, für Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hin.

Vor diesem Hintergrund hatte der GPR Sieling eingeladen, seine Vorstellungen von der weiteren Entwicklung des bremischen öffentlichen Dienstes darzulegen.

Nachdrücklich setzte Sieling sich auch für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst ein: „Gute Arbeit ist das Prinzip.“ Gerade erst habe der Senat beschlossen, dass Bremen zukünftig keine sachgrundlos befristeten Arbeitsverträge mehr abschließen. Auch für die Mitarbeiter_innen der Musikschule und der Volkshochschule seien Verbesserungen geplant. Lob erhielt Sieling dafür von Susanne Kremer (ver.di), die zugleich mehr Konsequenz anmahnte: Sie fordert die Entfristung der derzeit 280 sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse. Und für alle Beschäftigten, auch die der Gesellschaften der Bremer Stadtreinigung, müssten faire Tarifverträge gelten. Kremer drängte auch darauf, dass den Beschäftigten mit Honorarverträgen bei der Musikschule schneller als geplant feste Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht werden. Kremer warb außerdem dafür, dass Bremen dem Hamburger Vorbild folgt und Beamt_innen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung sind, eine pauschalierte Beihilfe entsprechend dem Arbeitgeberanteil bei den Arbeitnehmer_innen gewährt.

„Für Polizist_innen ist die Work-Life-Balance in einer ziemlichen Schiefelage“, meint Lüder Fasche (GdP) angesichts von 300.000 Überstunden. Es ärgere ihn, wenn seitens der Politik der Eindruck erweckt werde, jetzt würden durch Personalaufstockungen endlich bessere Bedingungen geschaffen. Denn auch die erhöhten Ausbildungszahlen reichten allenfalls aus, die hohen

Dienstgebäude
Knochenhauerstr. 20/25
3. Etage
28195 Bremen
Internet: www.gpr.bremen.de

Bus/Straßenbahn
Haltestellen Schüsselkorb/
Am Wall/ Herdentor
Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

Seite 1 von 2

 nach telefonischer Absprache

Abgangszahlen in den Ruhestand zu kompensieren. Zur Mitbestimmung kritisierte Fasche die immer wieder aufkommenden Diskussionen über eine angebliche Blockadehaltung von Personalräten, für die häufig das Beispiel des früheren Stadtamts angeführt werde. „Manchmal ist es notwendig, dass ein Personalrat Stopp sagt, und dann ist auch Stopp“. Im Fall des Stadtamts habe das dazu beigetragen, dass es in drei eigenständigen Ämtern neu organisiert worden sei und jetzt viel besser funktioniere.

Aus Sicht von Jürgen Köster (dbb/tarifunion) hat der öffentliche Dienst gegenüber der Privatwirtschaft als Arbeitgeber immer häufiger das Nachsehen, weil die Bezahlung inzwischen weit hinterherhinke. Zudem müsse Auszubildenden die Übernahme garantiert werden, um für Nachwuchskräfte attraktiver zu werden.

Ina von Bötticher (GEW) forderte, dass in den Schulen gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten müsse, unabhängig von der Größe der Kinder. Sie verwies auf die hohe Bedeutung von Bildung: „Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft. Und dieses Privileg sollten wir gut behandeln. Bildung für weniger Armut, Bildung für den Abbau von Ängsten vor Neuem und Anderen. Wenn eine positive Entwicklung gewollt ist, dann braucht es große Investitionen in ein vielfältiges Bildungssystem.“

Der Bürgermeister sagte in diesem Zusammenhang zu, die Lücke weiter schließen zu wollen, die sich zwischen den Bildungsausgaben Bremens und der anderen Stadtstaaten auftut. Im laufenden Haushalt sei die Ausstattung bereits deutlich verbessert worden, diesen Weg werde der Senat konsequent weitergehen.

Anlage
4 Fotos (GPR Bremen)